



## LINDNER-Gastbeitrag für die "Frankfurter Rundschau"

LINDNER-Gastbeitrag für die "Frankfurter Rundschau" <br /><br />Berlin. Der stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende CHRISTIAN LINDNER schrieb für die "Frankfurter Rundschau" (Freitag-Ausgabe) zu der Frage "Brauchen wir höhere Steuern?" den folgenden Gastbeitrag: <br />"Grüne, Linke und SPD erklären Steuererhöhungen zur Staatsphilosophie. Die Umverteilung von privaten Brieftaschen in öffentliche Kassen wirkt bei Rekorderneinnahmen des Staates wie ein Selbstzweck - als ob das Geld der Bürger moralisch veredelt würde, wenn Steinbrück, Trittin und Gysi es ausgeben. Deutschland würde weder stärker noch gerechter - warum? <br />Erstens, weil Bund, Länder und Gemeinden seit Jahren über Rekorderneinnahmen verfügen. Ohne Drehen an der Steuerschraube wachsen die Einnahmen bis 2017 um 100 Milliarden Euro an. Genug Geld für Entschuldung, Bildung und Infrastruktur ist da, wenn der Staat sich auf diese Prioritäten konzentriert. Die Bürger führen schon heute im Schnitt über 40 Prozent ihres Einkommens an Steuern und Sozialabgaben ab. Der Grund ist vor allem die kalte Progression, die zu einer heimlichen Steuererhöhung von etwa vier Milliarden Euro pro Jahr führt, weil Rot-Grün im Bundesrat die Anpassung des Steuertarifs an die Preisentwicklung blockiert. Von Lohnerhöhungen profitiert so der Staat, nicht die Beschäftigten. <br />Zweitens, weil höhere Steuern unfair sind. SPD, Grüne und Linke suggerieren, sie wollten Steuern nur für "Reiche" erhöhen. Analysen zeigen aber: normale Handwerker und Angestellte müssen zahlen. "Reich" ist schon der erfahrene Facharbeiter, dessen Frau Erzieherin in der KiTa ist: Nach dem grünen Konzept zahlt das Paar erheblich mehr, wenn auch das Splitting entfällt. So wird die Mittelschicht von steigenden Steuern und Stompreisen in die Zange genommen. <br />Dabei tragen die Bürger bereits ab mittlerem Einkommen überproportional zur Finanzierung staatlicher Aufgaben bei. Die Hälfte der Steuerzahler leistet über 95 Prozent der Einkommensteuer. Die Umverteilung setzt sich bei indirekten Steuern und der Sozialversicherung fort. <br />Während die linken Parteien diesen Weg forcieren, umfasst der liberale Gerechtigkeitsbegriff auch Leistungsgerechtigkeit. Wer sich engagiert und qualifiziert ist, soll auch die Chance haben, mehr zu verdienen. Leistung sollte anerkannt werden. <br />Drittens, weil höhere Steuern Wachstumsbremsen sind und Arbeitsplätze kosten. Mit den Plänen von Rot-Grün würde Deutschland im europäischen Steuerwettbewerb weiter zurückfallen - nur französische Unternehmen wären dann noch stärker belastet. Die geplante Vermögensteuer trifft nicht Superreiche, sondern Familienunternehmen - das Rückgrat unseres Wohlstands. Der Deutsche Industrie und Handelskammertag befürchtet, dass Personengesellschaften in ihrer Substanz besteuert und über 1,8 Millionen Arbeitsplätze gefährdet werden. Am Ende der Steuerorgie hätte der Staat nicht mehr in der Kasse, sondern weniger. <br />Statt Bürger und Unternehmen höher zu besteuern, sollten die kommenden vier Jahre zur Konsolidierung der Finanzen genutzt werden. Deutschland ist der Stabilitätsanker Europas. Wir müssen unsere Wettbewerbsfähigkeit pflegen. Bessere Bildung und Verkehrsinfrastruktur können mit Disziplin aus dem verfügbaren Steueraufkommen finanziert werden. Auch die Bürger können nur das ausgeben, was sie erwirtschaften. An diese Grundregel muss auch der Staat gebunden werden." <br /><br />Abteilung Presse und Öffentlichkeitsarbeit <br />FDP-Bundesgeschäftsstelle <br />Thomas-Dehler-Haus <br />Reinhardtstraße 14 <br />10117 Berlin <br />T: 030 284958-41 / 43 <br />F: 030 284958-42 <br />presse@fdp.de <br />

## Pressekontakt

Freie Demokratische Partei (FDP)

10117 Berlin

## Firmenkontakt

Freie Demokratische Partei (FDP)

10117 Berlin

Eine Geschichte als Herausforderung. Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichte Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt. Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet. Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeitliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger. Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.